

Datum: Tue, 01 Feb 2011

An: [extreme\\_zeiten@gmx.de](mailto:extreme_zeiten@gmx.de), [internetpost@bundeskanzlerin.de](mailto:internetpost@bundeskanzlerin.de),  
[mb@bmfsfj.bund.de](mailto:mb@bmfsfj.bund.de), [presse@bmfsfj.bund.de](mailto:presse@bmfsfj.bund.de)

Betreff: Beschwerde bzgl. Extremismusklausel

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit erschrecken musste ich die Information bzgl. der Extremismusklausel hinnehmen!

Ich selbst bin seit etwa 1 Jahr aktiv in der Aufklärung über Rechtsextremismus als Initiator des Projekts Farbenfroh! So konnten wir in nur 6 Monaten, welche es uns nun gibt, viele Jugendliche zum Nachdenken bringen! Zum Nachdenken, über Politik! Über Politik, die weltoffen und tolerant ist! Über Politik, die ehrlich ist und Politik, der ein Mensch vertrauen kann!

Wie sollen Jugendliche Vertrauen gegenüber der Politik bekommen, wenn PolitikerInnen wie Frau Schröder Extremismusklauseln ins Spiel bringen, durch welche die Arbeit gegen Rechts erheblich behindert wird? Sie können von keinem Menschen verlangen, sich für Andere zu verbürgen!

Wir sind ein Projekt aus Jugendlichen, die mehr wollen, als nur kurzfristig auf Demonstrationen zu zeigen, dass Rechtsextremismus nicht toleriert wird! Initiativen brauchen Fördergelder - Ganz egal, ob es hierbei um Flyer, Raumkosten oder auch Fahrtkosten geht! Ein Staat, der sich gegen Rechts stark macht, kann und darf freien Initiativen nicht durch solche Beschlüsse Steine in den Weg legen!

Ich bitte Sie, zu überdenken ob dieses Misstrauen gegenüber Projekten und Initiativen gegen Rechts angebracht ist! Über eine persönlich Adressierte Antwort würde ich mich sehr freuen!

Hochachtungsvoll,

R. Grebenstein